

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

erstmals haben wir in dieser Woche ein so genanntes Planspiel mit 140 Jugendlichen aus Wahlkreisen in ganz Deutschland durchgeführt – als erste Fraktion im Bundestag. Das war ein riesiger Erfolg. Die Jugendlichen haben drei Tage lang uns Abgeordnete nachgespielt und in sechs Arbeitsgruppen Anträge erarbeitet. Die haben sie dann in den „echten“ Ausschussarbeitsgruppen vorgestellt. Es war faszinierend zu sehen, wie eifrig die jungen Leute mitarbeiteten, wie sie ihren eigenen Fraktionschef wählten und in ihrer Fraktionssitzung im Otto-Wels-Saal über ihre Anträge abstimmten. Die Ergebnisse werden wir nun in die Diskussionsprozesse in unseren Arbeitsgruppen miteinbeziehen. Und soviel steht fest: Das muss wiederholt werden – wir wollen ab sofort jedes Jahr solch ein Methodenspiel durchführen. Den Videofilm über das Planspiel findet ihr übrigens auf unserem Youtube-Channel: [www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube) und auf unserer facebook-Seite.

Die SPD bekommt Rückenwind. In Schleswig-Holstein wird die Landesregierung wieder sozialdemokratisch, und in NRW wird Hannelore Kraft aus einer Minderheits- eine Mehrheitsregierung machen.

Schwarz-Gelb ist nur noch mit der eigenen Verwaltung beschäftigt. Das hat die Regierungserklärung der Kanzlerin in dieser Woche deutlich gezeigt. Da war kein Anspruch, eine wichtige Rolle einzunehmen, weder bei der Nato noch bei den führenden Industriestaaten. Statt eine Lösung für die immer weiter schwelende Finanzkrise zu finden, statt endlich einen Wachstumspfad in Eurpa einzuschlagen, verheddert sich die Koalition in solch absurden Dingen wie dem Betreuungsgeld. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, der Kinderschutzbund, die evangelische Kirche und viele Experten lehnen diese kontraproduktive staatliche Leistung ab. Nur die CSU hält unbeirrt daran fest, die FDP fügt sich kleinlaut.

Mit dem neuen französischen Präsidenten Francois Hollande werden wir Seite an Seite für ein vernünftiges Wachstumsprogramm in Europa kämpfen. Denn mit Kaputtsparen hat sich noch keine Wirtschaftskrise aufgelöst.

Im Plenum haben wir in dieser Sitzungswoche intensiv über das Fracking debattiert. Bislang gibt es keine Leitlinien für umweltverträgliche Erdgasförderung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Vergabe von Aufsuchungslizenzen zu regeln; sie muss auch an den Verfahren zur Erkundung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas miteinbezogen werden.

Ein wichtiges Anliegen ist uns, das Mietrecht weiterzuentwickeln. Denn sowohl der Klimaschutz als auch die veränderten Wohn- und Mietbedingungen erfordern das. Vor allem darf die energetische Gebäudesanierung nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung der Mieterinnen und Mieter führen. Nicht zuletzt deshalb muss das so genannte soziale Mietrecht erhalten bleiben.

Mit herzlichen Grüßen

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,  
JOHANNA TIGGES  
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 11.05.2012 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

02	TOP-THEMA: Planspiel in der SPD-Fraktion	11	Regierung darf Europäische Atomenergie nicht fördern
04	Debatte: Frau Merkel, Sie brauchen uns, nicht wir Sie!	11	Schweinepest durch Impfungen bekämpfen
05	Aktuelle Stunde zum Betreuungsgeld	12	Extremismusklausel abschaffen
06	Fracking: Röttgen handelt wahltaktisch	13	Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus verhindern
08	Soziales Mietrecht erhalten	13	Neuausrichtung der Europäischen Entwicklungspolitik
10	Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen	14	Rolle der Frauen bei der Schaffung von Sicherheit und Frieden weiter stärken
10	Ökodumping durch Abfallverbrennung in Industrieanlagen verhindern		

## PROJEKT ZUKUNFT

### Politik simulieren: Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion stößt auf Begeisterung

Drei Tage war "echte" Politik angesagt: 140 Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren spielten in Berlin das große "Planspiel Zukunftsdialog" der SPD-Bundestagsfraktion. Erstmals überhaupt veranstaltete eine Fraktion solch ein Methodenspiel.

In ihren Wahlkreisen konnten die Jugendlichen sich bewerben. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind Schülerinnen und Schüler, Studierende, Azubis, Wehrdienstleistende und Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes. Direkt nach der Ankunft in Berlin ging es ins Reichstagsgebäude. Dort begrüßte sie die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Ernstberger.

Im Fraktionssaal der Sozialdemokraten versammelten sich die Jugendlichen als Fraktion und wählten zunächst ihren Fraktionsvorsitzenden. Schnell wurde ihnen bewusst, wie eigenwillig und kompliziert solche Wahlen in Wirklichkeit sind. Zwölf Bewerberinnen und Bewerber stellten sich zur Wahl. Gewählt wurde Miro Kneipp.

Nach der Wahl der Stellvertreter verteilten sich die Jugendlichen auf die von ihnen jeweils gewählte Arbeitsgruppe. Das sind: Arbeit und Soziales, Integration, Gleichstellung, Bildung und Forschung, Familie, Senioren, Frauen und Wirtschaft und Technologie. Sie konstituierten sich in den "echten" Sälen der Arbeitsgruppen im Paul-Löbe-Haus und wählten ihren Sprecher bzw. die Sprecherin.

Und schon ging es weiter mit der konkreten Themenfindung. Jede AG muss nämlich einen Antrag erstellen aus einem Themenbereich, der auch in der realen Politik gegenwärtig diskutiert wird. Auch das ist etwas, das in anderen Planspielen so nicht existiert. Mit der Erarbeitung und Diskussion des Antrags begann auch der zweite Arbeitstag. Am Dienstag schließlich sollen die Anträge der gesamten Fraktion vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden.

#### Glockenübergabe durch Steinmeier

Der "wahre" Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier begrüßte die Gruppe und gratulierte seinem Alter Ego Miro Kneipp. Er überreichte ihm die Glocke, mit der eine Fraktionssitzung

eingeläutet und gegebenenfalls auch Ruhe erbeten wird. Steinmeier augenzwinkernd: "Ein souveräner Fraktionschef benötigt die Glocke aber im Grunde nicht. Sie hat eher Symbolkraft." Das Planspiel begeisterte ihn, und er versprach, die Ergebnisse würden von den echten MdBs in ihren Arbeitsgruppen diskutiert - und wer weiß: Vielleicht werden daraus "echte" Anträge.

Am Montag arbeiteten die jungen Leute dann den ganzen Tag in ihren Arbeitsgruppen. Zunächst wählten sie ihren Sprecher oder ihre Sprecherin. Bis zum Mittag musste ein Thema gefunden werden. Intensiv diskutierten die Gruppen, feilten an Formulierungen und stimmten ab. Schnell erkannten sie, was Frank-Walter Steinmeier meinte, als er ihnen zuvor mit auf den Weg gab, sie würden nun auch die "Mühsal der Ebenen" kennenlernen. Denn sobald die Anträge fertig gestellt waren, gingen sie zur Beratung an je zwei andere AGs. Die diskutierten die Anträge und machten Änderungsvorschläge. Am Nachmittag kamen die Anträge zurück. Nun hieß es: Änderungen annehmen oder nicht? Heftig wurde debattiert in den Gruppen. Und wie in der "echten" Politik nahmen die Planspiel-Abgeordneten manches der Vorschläge auf, manches verwarfen sie.

### **Showdown mit den echten Abgeordneten**

Nach einem langen Arbeitstag saßen die Jugendlichen abends in der Kulturbrauerei zusammen und diskutierten ihre Erfahrungen.

Am Dienstagmorgen schließlich stellten die Jugendlichen ihre Anträge in den jeweiligen "echten" Arbeitsgruppen vor. Fasziniert hörten die wahren Bundestagsabgeordneten ihren jungen Nachahmern zu. Manches fand Zustimmung, bei einigen Punkten aber wichen die Meinungen auch ab - ganz wie in der Wirklichkeit.

Sodann kamen die Jugendlichen zu ihrer abschließenden Fraktionssitzung zusammen. Es wurde spannend. Denn nun sollte die Gesamtfraktion über die Anträge abstimmen. Fraktionschef Miro Kneipp erteilte den Sprecherinnen und Sprechern der AGs das Wort. Sie stellten die Anträge vor. Das waren im Einzelnen:

- AG Bildung: "Bildung muss Bundespolitik sein"
- AG Familie: "Verbesserung der Jugendbeteiligung an der Politik"
- AG Arbeit & Soziales: "Arbeit gerecht entlohnen – gesetzlichen Mindestlohn schrittweise einführen"
- AG Wirtschaft & Technologie: „Fachkräftemangel bekämpfen“
- AG Integration: "Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker fördern"
- AG Gleichstellung: "Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt"

Bei manchen Anträgen wurden Änderungsanträge beschlossen, die Diskussionen wurden schärfer. Am Ende jedoch konnte Fraktionschef Kneipp verkünden, das alle Anträge angenommen wurden. Bei dem positiven Ergebnis hielt es die "Abgeordneten" nicht auf ihren Sitzen. Mit lautem Applaus und standing ovations dankten die "MdBs" ihren Sprecherinnen und Sprechern und den Mitarbeitern der SPD-Bundestagsfraktion für die dreitägige Abenteuerreise durch die Fraktion.

Petra Ernstberger dankte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. "Ihr habt Demokratie geübt, ihr habt gesehen, wie bürokratisch die politische Arbeit sein kann, aber auch, wie schön es ist, wenn Ergebnisse erzielt werden, wenn man wirklich etwas erreicht. Ihr seid jetzt parlamentarische Botschafter." Ernstberger versicherte, die Anträge würden nun in die Diskussionen in den echten Arbeitsgruppen miteinbezogen.

Etwas erschöpft, aber auch wehmütig, dass die Zeit vorbei ist, fuhren die Jugend-MdBs wieder nach Hause, viele mit der Absicht, sich künftig auch weiter politisch zu engagieren.

## AUSSEN

## Steinmeier: Frau Merkel, Sie brauchen uns, nicht wir Sie

Am Donnerstagmorgen gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zum G-8-Gipfel der führenden Industriestaaten und Russlands am 18. und 19. Mai in Camp David sowie zum Nato-Gipfel am 20. und 21. Mai in Chicago. In der anschließenden Aussprache warf SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier der Kanzlerin und der Bundesregierung fehlenden Mut und Lethargie vor.

"Deutschland und Europa werden nur aus der Krise kommen, wenn wir den Mut haben, Wachstumsimpulse zu setzen", sagte Steinmeier. Er forderte von Merkel ein klares Konzept für Konjunkturpolitik. Der deutsche Vorsprung in Europa sei "nicht zementiert", sondern müsse ausgebaut werden. Doch - "Sie haben keine Antworten auf die Fragen von morgen. Sie kreisen in Ihrer Bundesregierung nur um sich selbst". Drei Jahre habe Schwarz-Gelb nur von der Substanz gelebt, getan hätten sie nichts. Steinmeier rechnete mit der Regierung ab. "Sie verwalten ihren täglichen Dauerstreit untereinander, leben von der Hand in den Mund und wursteln sich bis zum Wahltermin durch". Die Stärke, die Deutschland habe, "hat nicht mit dieser Regierung zu tun."

In der ganzen Welt, erklärte Steinmeier, existierten Brandherde, von der Finanzkrise ganz zu schweigen. Er fragte: "Wo sind die Beiträge der deutschen Bundesregierung zu der Krisenbewältigung?" Was sage Merkel zum Nato-Gipfel? Kein Wort habe sie verloren, etwa über die Zukunft Afghanistans. Es gehe ganz grundsätzlich inzwischen um die Frage, welche Rolle die deutsche Regierung auf dem Nato-Gipfel, bei G8- und G20-Treffen eigentlich noch spiele. Steinmeier: "Setzen wir unsere Werte dort durch oder driften wir ab?"

Er kennzeichnete vier große Baustellen, die in Europa dringend abgearbeitet werden müssen:

- Wie sieht europäische Wachstumspolitik aus? Denn, so Steinmeier, ohne Wachstum komme der Kontinent nicht aus der Krise. Merkel schwadroniere über hohe Jugendarbeitslosigkeit etwa in Spanien, es bedürfe aber eines konkreten Programms - das Merkel nicht habe.
- Wie sieht eine erfolgreiche Energiewende aus? Rösler und Röttgen würden nicht liefern. Die Wende werde in den Sand gesetzt, die Konkurrenten Deutschlands lachten sich ins Fäustchen.
- Wie steht es um die Regulierung der Finanzmärkte? "Wir brauchen eine Umsatzsteuer auf Anlagegeschäfte an den Finanzmärkten", stellte Steinmeier klar.
- Wie sieht Demokratieverfestigung aus? Mit Blick auf die Ukraine, Weißrussland, aber auch Griechenland warnte Steinmeier davor, Europa zu einem Elitenprojekt zu formen, das die Völker nicht mehr mitnehme. Das, so Steinmeier, "untergräbt die europäische Integration".

Und eines dürfe die Kanzlerin bei den bevorstehenden Abstimmungen über den Fiskalpakt und den Dauer-Rettungsschirm ESM nicht vergessen: "Nicht wir, Frau Merkel, brauchen Sie, sondern Sie brauchen uns, die Opposition."

## AKTUELLE STUNDE

### Das Betreuungsgeld will keiner – nur die CSU

Erneut debattierte der Bundestag am 10. Mai 2012 in einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuelle Stunde das unsinnige schwarz-gelbe Vorhaben, ein Betreuungsgeld für Eltern einzuführen, wenn diese ihre Kinder zu Hause betreuen. Unter dem Titel „Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld“ machten die SPD-Abgeordneten und ihre Kollegen/innen der anderen Oppositionsfraktionen deutlich, was für eine abstruse und verfassungsrechtlich zweifelhafte Idee das Betreuungsgeld ist.

Mittlerweile gibt es eine breite Phalanx gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes, das dafür gezahlt werden soll, wenn Kinder nach den ersten 12 Monaten keine Kita besuchen. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, der Kinderschutzbund, die evangelische Kirche und viele Experten/innen lehnen diese kontraproduktive staatliche Leistung ab. Nur die CSU hält unbeirrt daran fest; die Kanzlerin sagt, es müsse als Bestandteil des Koalitionsvertrages eingeführt werden, und die FDP macht, obwohl sie es eigentlich ablehnt, unterwürfig mit.

#### Alle Studien und Umfragen unter der Bevölkerung sprechen sich dagegen aus

Dabei liegen mittlerweile nicht nur verschiedenste wissenschaftliche Studien vor, die dem Betreuungsgeld ob seiner sozial negativen Wirkung eine Absage erteilen. Auch zwei Drittel der Bevölkerung lehnten es in mehreren Umfragen und sogar in Bayern ab. Erfahrungen in Thüringen und auch in skandinavischen Ländern, die ein Betreuungsgeld zahlen, zeigen, dass mehrheitlich die Kinder keine Kita besuchen, für die frühkindliche Bildung besonders notwendig wäre. Auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition ist die Kita-Fernhalteprämie heftig umstritten. 23 Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion haben ihrem Vorsitzenden Kauder schriftlich mitgeteilt, dass sie nicht für das Gesetz stimmen werden. Daraufhin versuchte die Koalitionsführung die Abtrünnigen mit einer verbesserten Berücksichtigung der Erziehungszeiten für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, zu locken.

Die Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hält das Vorhaben der Koalition für verfassungsmäßig fragwürdig. So wird der Streit in der Koalition immer absurder. Ein Gesetzentwurf liegt noch nicht vor, und die Finanzierung ist noch völlig unklar.

#### Ziegler zur Familienministerin: Bleiben Sie sich treu: Tun Sie nichts!

Die CSU hat jetzt sogar gefordert, Familienministerin Schröder (CDU) die Zuständigkeit für den Gesetzentwurf zu entziehen. Diesen bizarren Vorgang griff SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler in der Debatte auf. Sie sagte Schröder „die volle Unterstützung“ der SPD-Fraktion dafür zu, dass die Ministerin noch keinen Gesetzentwurf für das unsinnige Betreuungsgeld vorgelegt habe. „Bleiben Sie sich treu: Tun Sie nichts!“ sagte Ziegler.

Denn das Betreuungsgeld wolle niemand, es sei schädlich und grabe „dem richtigen und notwendigen Kita-Ausbau das Wasser ab“. Eltern sollten sich für den Lebensentwurf entscheiden können, den sie wollen. Doch dies scheiterte an den fehlenden Kita- und Ganztagschulplätzen, so die SPD-Fraktionsvizein. Das Betreuungsgeld koste Bildungschancen. Es gehe jetzt darum, den Verfassungsauftrag auf Gleichstellung umzusetzen. Der CSU ginge es nur darum, ein Jahr vor der Landtagswahl ihre konservative Klientel zu bedienen. „Was passiert mit dem bayerischen Erziehungsgeld, das das Land zahle,“ fragte Ziegler. Sie gehe davon aus, dass Bayern plane, durch das Betreuungsgeld des Bundes die 100 Millionen Euro einzusparen. Ziegler kündigte an, dass die SPD-Fraktion bei Vorliegen des Gesetzentwurfs eine Klage vor dem Verfassungsgericht prüfen werde.

#### Marks: Eine moderne Familienpolitik gibt es nicht mit Schröder

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, fragte Schwarz-Gelb angesichts des Streits in der Koalition: „Wie wollen Sie eine Mehrheit für das unsinnige Projekt

zu Stande kriegen?“ Auch am Betreuungsgeld werde der Zerfall dieser Regierung sichtbar. Die Wahlfreiheit, die der CSU-Abgeordnete Norbert Geis ständig beteuere, sei nur vorhanden, wenn es ausreichend Kita-Plätze gebe. Caren Marks forderte die Koalition auf, auf „das absurde Gesetz“ zu verzichten und anstatt dessen die 2 Milliarden Euro für rund 166.000 Kitaplätze zu investieren. Darauf würden die Familien warten.

#### **Brase: Rot-Grün hat in NRW nach Rüttgers bei Kita-Ausbau aufgeholt**

Der SPD-Abgeordnete Willi Brase warf der Regierung vor, den Kommunen, denen nun das Geld für den Kita-Ausbau fehle, Mittel durch die „Hotelierssteuer“ entzogen zu haben. In Nordrhein-Westfalen habe Ex-Ministerpräsident Rüttgers (CDU) kein Geld vom Bund für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen abgerufen. Die jetzige rot-grüne Landesregierung habe aufgeholt. Der Demografiebericht der Regierung zeige, dass Fachkräfte dringend gebraucht würden. Auch deshalb sei das Betreuungsgeld für junge Familien und junge Frauen falsch.

### UMWELT

## **Fracking: Umweltminister handelt wahltaktisch**

Die „unkonventionelle Erdgasförderung“, die auch als „Fracking“ bezeichnet wird, war Gegenstand einer Debatte im Bundestag. Bereits Anfang November 2011 hat die SPD-Fraktion ihren Antrag „Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas“ (Drs. 17/76 12) in den Bundestag eingebracht. Er wurde am 10. Mai 2012 von der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt.

Umweltminister Röttgen (CDU) blieb zwei Jahre lang untätig und das trotz der massiven Verunsicherung der Bevölkerung in Gebieten, die für das „Fracking“ erkundet oder schon erprobt werden sollen. Die liegen vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen sowie auch in Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern. Doch jetzt präsentierte er wieder eine seiner bekannten Kehrtwendungen, die spätestens seit den Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und der auf öffentlichen Druck erfolgten Rückkehr zum Atomausstieg nach Fukushima bekannt sind. So gesehen bleibt sich Röttgen treu.

#### **Röttgen wacht nach zwei Jahren wahlkampfaktisch auf**

Das war schon skurril, was der Umweltminister in der Bundestagsdebatte zu den Oppositionsanträgen zum „Fracking“ bzw. zur unkonventionellen Förderung von Erdgas, die zur Abstimmung standen, abgeliefert hat. Nachdem er und sein Ministerium in den vergangenen zwei Jahren nichts auf den Tisch gelegt hatten, gab er sich nun ganz wahltaktisch als Beschützer der Bürgerinnen und Bürger und der Natur.

Plötzlich gerierte sich Röttgen als der Anwalt der Bürgerinnen und Bürger, die seit Monaten Sturm laufen gegen die Fracking-Vorhaben vor ihrer Haustür. Er bekannte sich zu Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion, die seit November 2011 vorliegen. Ein leicht durchschaubares Manöver des CDU-Spitzenkandidaten in NRW.

„Der Minister hat Angst vor dem Wahlsonntag“, sagte der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Schwabe. Röttgen habe zwei Jahre Zeit gehabt einen Gesetzentwurf auf den Tisch zu legen. Er brauche nur den Anträgen der Oppositionsfaktionen zuzustimmen.

Man müsse angesichts der Werbespots von Exxon Chemical auf der Hut sein, in denen behauptet würde, dass Fracking keine Risiken berge, stellte Schwabe klar.

Als Brückenenergieträger sei Erdgas zwar wichtig, doch Fracking dürfe es aus Sicht der SPD-Fraktion nur geben, wenn es umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Bürgerbeteiligung gebe, so Schwabe. Was die CDU/CSU-Fraktion wolle, sei allenfalls eine Umweltverträglichkeitsprüfung light. Die Bürgerinnen und Bürger erlebten vielmehr, dass die Claims durch die Unternehmen bereits abgesteckt würden.

### **Röttgen hat verharmlost und verschleppt**

Die Bundesregierung habe sich bislang nur durch Verharmlosung und Verschleppung hervorgetan. So habe es in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage vom März 2011 geheißen, dass es bei Beachtung der Umweltauflagen keine wesentlichen Unterschiede zwischen Fracking und der konventionellen Förderung von Erdgas gebe. Doch nun plötzlich geben sich Röttgen und Wirtschaftsminister Rösler (FDP) skeptisch. Ankündigungsminister Röttgen, der die gesamte Energiewende „verkorkse“ nehme sich nun angeblich dem Thema an. Und all das, nachdem ein Antrag der rot-grünen NRW-Landesregierung im Bundesrat und die Anträge der Opposition im Bundestag von Schwarz-Gelb abgelehnt wurden.

Dabei hatte Umweltminister Röttgen genug Zeit, um zu handeln. Aber der „Nichtumweltminister“ hat nicht gehandelt und keine Verantwortung übernommen. Die CDU/CSU hatte vollmundig im August 2011 erklärt, eine Initiative in die Wege zu leiten. Doch nichts ist geschehen. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wurden ignoriert. Die zuständigen Minister in der Bundesregierung Röttgen und Rösler (FDP) blieben untätig. Zwischenzeitlich wurden in NRW Erkundungs- und Erprobungsvorhaben gestoppt.

Die Anwendung der Fracking-Technologie brauche die Akzeptanz der Bevölkerung, so Frank Schwabe. Doch auch Wirtschaftsminister Rösler zeige sich borniert und ignorant. Ihm gehe es nur um: „täuschen, tricksen, tarnen“, sagte Schwabe. Umwelt- und Wirtschaftsminister seien nicht in der Lage ein Gesetz vorzulegen.

### **Die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion:**

Bei Förderungsvorhaben, bei denen Fracking angewendet wird, muss/müssen

- transparent informiert und die Öffentlichkeit über die Vergabe von Erkundungslizenzen beteiligt werden.
- bis zum Abschluss eines neuen gesetzlichen Rahmens ein „Moratorium“ gelten, damit keine Fakten geschaffen werden können. Dieses „Moratorium“ soll so lange gelten, bis „Fracking-Methoden“ ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.
- das Bergrecht dahingehend verändert werden, dass für alle Projekte für Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dies hat zur Folge, dass für alle Projekte ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden muss ist. Gelten müssen diese Vorschriften für die Aufsuchung und die Gewinnung gelten, da bereits bei Tiefbohrungen im Rahmen der Erkundung Umwelteinwirkungen eintreten können, wenn dabei Fracking-Maßnahmen unter Einsatz von Chemikalien zu Testzwecken durchgeführt werden.
- Regelungen getroffen werden, die eine Gefährdung des Grund- und Trinkwassers durch die eingesetzten Chemikalien verhindern.
- Fracking in sensiblen Gebieten wie zum Beispiel in Trinkwasser-Gewinnungsgebieten verboten werden.
- dafür Sorge getragen werden, dass zukünftig bei der Planfeststellung von Projekten mit unkonventionellem Erdgas grundsätzlich die Auswirkungen auf Grundwasser und Oberflächengewässer ein besonderes Gewicht bei allen Entscheidungen erhalten und die Wasserbehörden beteiligt werden.
- festgelegt werden, dass standardisierte Auflagen und Entsorgungspläne bezüglich der Lagerstättenwasser, Frack- und Abwässer aus den Produktionsstätten vorzulegen

- sind. Die beim Fracking anfallenden Abwässer wie Frackwasser oder Lagerstättenwasser müssen aufgefangen, fachgerecht aufbereitet und
- sich dafür eingesetzt werden, dass eintretende Schäden nicht von der Allgemeinheit getragen werden. Der Betreiber muss für sämtliche Schäden unbegrenzt haften und sich zur Begleichung möglicher Schäden durch Rückstellungen finanziell absichern.
  - im Bundesberggesetz die Beteiligung von Betroffenen verbessert werden. Auch sollen die Gemeinden, in deren Gebiet das Bergwerksfeld liegt, von der Entscheidung über den Antrag auf Erteilung oder Verleihung einer Bergbauberechtigung unterrichtet werden.

## RECHT

### Soziales Mietrecht erhalten

Mietrecht hat eine zentrale Bedeutung für alle. Mit breitem gesellschaftlichem Konsens wurde im Jahr 2001 das soziale Mietrecht modernisiert und eine Anpassung an die tatsächlichen Lebensverhältnisse vorgenommen. Das Mietrecht wurde dadurch einfacher, übersichtlicher und gerechter. Die Wohnung ist Mittelpunkt des sozialen Lebens und der privaten Existenz. Der Mieter muss mit Hilfe eines klaren Rechtsrahmens vor ungerechtfertigten Einschränkungen geschützt werden. Nun plant die Bundesregierung einen Angriff auf das bestehende Mietrecht zu Lasten der Mieter.

Dazu gehört: der Minderungsausschluss von drei Monaten bei energetischer Modernisierung, die fristlose Kündigung bei Zahlungsverzug der Mietkaution durch den Vermieter sowie die Vereinfachung der Räumung der Mietsache durch den Vermieter. Diesen Maßnahmen muss im Interesse sämtlicher Mieter mit aller Kraft entgegengetreten werden. In dem Antrag "Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern" (Drs. 17/9559) widmet sich die SPD-Fraktion folgenden Komplexen, bei denen Nachteile für Mieter zu verhindern sind:

#### **Energetische Gebäudesanierung:**

Gewichtige politische Ziele sind bei Reformvorhaben zu berücksichtigen. Für deren bestmögliche Umsetzung ist Sorge zu tragen. Das Konzept der energetischen Gebäudesanierung muss gefördert werden, um die energiepolitischen Ziele des Bundestages zu erreichen. Dabei müssen jedoch die Interessen aller Beteiligten austariert werden. Die Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu einer Explosion der Mieten führen.

Um eine gerechte Umsetzung der Vorgaben für die energetische Sanierung zu gewährleisten, muss verhindert werden, dass Mieterhöhungen mit zusätzlichen Kosten durch Modernisierungsmaßnahmen zusammenfallen. Nur unter den richtigen Rahmenbedingungen und angemessenen Voraussetzungen wird dieses Ziel erfolgreich und gerecht erreicht. Ein dreimonatiger Ausschluss der Mietminderung ist abzulehnen, das Mietminderungsrecht in seiner bestehenden Form beizubehalten.

#### **Contracting:**

Die Förderung des Contractings birgt die Gefahr, dass Mehrkosten für die Mieter entstehen. Beim Contracting überträgt der Vermieter den Betrieb z. B. einer Heizungsanlage seines vermieteten Hauses auf einen Dritten. Die Contractingunternehmen wollen zumindest mittelfristig Gewinne erwirtschaften. Es ist daher sicherzustellen, dass sie nicht zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Kosten für den Arbeits- und Betriebsaufwand außer erhöhten Kosten für den Energiebezug anheben können.



Contracting darf lediglich bei einer Steigerung der Energieeffizienz und realer Brennstoffeinsparung zugelassen werden. Es ist sicherzustellen, dass bei der Nutzung von Contracting im Vergleich mit der Situation ohne entsprechende Maßnahmen eine Warmmietenneutralität gegeben ist und Mieterinnen und Mieter vor steigenden Preisen geschützt werden.

#### **Mietnomadentum:**

Als Mietnomaden werden Personen bezeichnet, die mit der Absicht in eine Mietwohnung einziehen, die entsprechende Miete nicht zu entrichten. Das Phänomen Mietnomaden spielt jedoch in der professionellen Wohnungswirtschaft kaum eine Rolle, da nach bisherigem Stand ordnungsgemäße Bonitätsauskünfte eingeholt werden können.

Dennoch sieht der Regierungsplan die Möglichkeit einer fristlosen Kündigung ohne vorherige Abmahnung bei Zahlungsverzug der Mietkaution vor. Diese Ausweitung der Vermieterrechte ist weder dogmatisch vertretbar noch erforderlich. Die Kautionszahlung ist im Gegensatz zur Mietzahlung keine Hauptleistungspflicht aus dem Mietvertrag und damit nicht vertragsprägend. Dem Vermieter kann daher zugemutet werden, diese Forderung gerichtlich durchzusetzen. Die Kündigungsmöglichkeiten in der jetzigen Form müssen beibehalten werden, und es ist sicherzustellen, dass der Rechtsweg für Mieter nicht durch eine Ausweitung des einstweiligen Rechtsschutzes bei Räumungsklagen verkürzt wird.

#### **Mietsteigerungen:**

Insbesondere in Ballungszentren steigen in bestimmten Bezirken die Mieten innerhalb kürzester Zeit rapide an. Viele Mieter sind dadurch gezwungen, den oftmals langjährig bewohnten Stadtteil zu verlassen und in günstigere Bezirke, häufig Randbezirke, umzuziehen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass diese Entwicklung gestoppt und eine Doppelbelastung unterschiedlicher Maßnahmen wie energetischer Modernisierung und Mieterhöhung vermieden wird.

Der Eigentümer darf derzeit die Wohnmiete innerhalb von drei Jahren um höchstens 20 Prozent erhöhen. Um einer solchen Kostenzunahme entgegen zu treten, muss eine Reduzierung der Mieterhöhung auf 15 Prozent in vier Jahren erfolgen.

Andererseits müssen die Mieterhöhungen bei Wiedervermietung auf einen dem Wohngebiet genügenden Wert gedeckelt werden. Sinnvoll wäre es, die Mieten bei Wiedervermietung auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Damit diese Deckelung den gewünschten Erfolg entfaltet, sollten bei der Berechnung der Vergleichsmiete zudem nicht nur die in den letzten vier Jahren geänderten Bestandsmieten und die in diesem Zeitraum abgeschlossenen Mietverträge (Neuvertragsmieten) berücksichtigt werden. Die Berechnung sollte vielmehr alle Mietverhältnisse erfassen.

#### **Soziale Wohnraumförderung:**

Die soziale Wohnraumförderung ermöglicht Menschen mit niedrigem Einkommen, Familien mit Kindern, Alleinerziehenden, Arbeitslosen, Sozialhilfeberechtigten und Menschen mit Migrationshintergrund bezahlbares Wohnen. Sie wird auf der Länderebene geregelt. Der Bund leistet dabei Kompensationszahlungen. In dem Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, den Bedarf der sozialen Wohnraumförderung bis 2019 anzuerkennen und die Kompensationsmittel zu verstetigen. Der altersgerechte und barrierefreie Umbau von Wohnraum soll begleitet und sozialen Härten entgegen gewirkt werden.

**GESUNDHEIT**

## **Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) eindämmen – Patienten transparent informieren**

Jede/r Krankenversicherte kennt sie, die Faltblätter über Individuelle Gesundheitsleistungen auf den Empfangstresen der Arztpraxen. Dabei handelt es sich um Leistungen, die nicht zum Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gehören. Deshalb werden sie von ihnen grundsätzlich nicht bezahlt. Patienten/innen müssen sie aus der eigenen Tasche bestreiten.

Im Jahr 2010 wurden in deutschen Arztpraxen IGeL im Wert von 1,5 Milliarden Euro erbracht. Im Vergleich zu 2008 ist der IGeL-Umsatz um 500 Millionen Euro gestiegen. Patienten/innen werden in den Arztpraxen z. T. durch aggressives Marketing zu den Leistungen gedrängt. Häufig erhalten sie weder schriftliche Behandlungsverträge noch schriftliche Rechnungen. Das schädigt das Arzt-Patientenverhältnis. Weil die Patienten/innen in der Regel nicht beurteilen können, ob die GKV-Leistungen für sie ausreichen, wird durch die IGeL suggeriert, dass der Leistungskatalog der GKV nicht genüge und ihren Versicherten wichtige Leistungen vorenthalten würden.

Deshalb will die SPD-Fraktion die IGe-Leistungen eindämmen. Sie hat dazu einen Antrag (Drs. 17/9061) in den Bundestag eingebracht, den der Bundestag am 10. Mai erstmalig beraten hat. In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion unter anderem:

- Ein Verbot, am selben Tag GKV-Leistungen und IGeL bei einer/em Patientin/en abzurechnen.
- Ein schriftlicher Behandlungsvertrag und eine schriftliche Rechnung sollen Pflicht werden sowie eine umfassende Informationspflicht des Arztes.
- Eine Zahlungsverpflichtung der/s Patientin/en bei Formverstößen soll ausgeschlossen werden.
- Der IGeL-Katalog muss in der Praxis ausgehängt werden, mit Informationen, warum die Leistungen nicht im GKV-Leistungskatalog enthalten sind.
- Die GKV soll zu umfassender Aufklärung der Versicherten verpflichtet werden.
- Regelmäßige Berichte über IGeL sollen an die Bundesregierung gehen.
- Vertragsärzte sollen den überwiegenden Anteil ihrer Arbeitszeit für die Behandlung von Versicherten der GKV mit Kassenleistungen verwenden.

**UMWELT**

## **Ökodumping durch Abfallverbrennung in Industrieanlagen verhindern**

Die Verbrennung von Abfällen in Industrieanlagen (Abfallmitverbrennung) wie zum Beispiel in Kohlekraft- und Zementwerken oder Industrieanlagen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ausnahmeregelungen erlauben diesen Anlagen, anders als bei der klassischen Müllverbrennung, die strengen Auflagen der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung nicht einhalten zu müssen. So können durch niedrigere Mindesttemperaturen bei der Verbrennung Dioxine und Furane entstehen, die zu einer erheblichen Gefährdung von Mensch und Umwelt führen. Auch dürfen Mitverbrenner bei gefährlichen Stoffen wie Quecksilber und organischen Kohlenstoffen mehr Emissionen ausstoßen.

Daneben haben Mitverbrennungsanlagen wegen der Ausnahmetatbestände einen reduzierten Investitions- und Betriebskostenaufwand und können den Müll weitaus kostengünstiger

verbrennen. Aufgrund dieses Ökodumpings wandern Abfallströme von technisch ausgereiften Müllverbrennungsanlagen in die schlechter ausgerüsteten Abfallmitverbrennungsanlagen. Damit steigt die Umweltbelastung, und die Bürger müssen das Ökodumping durch höhere Abfallgebühren bezahlen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag (Drs. 17/9555), der am 10. Mai 2012 im Bundstag diskutiert wurde, die Bundesregierung auf, die Auflagen der Bundesimmissionsschutzverordnung für Müll- und Mitverbrennungsanlagen auf hohem Niveau zu vereinheitlichen und Ausnahmeregelungen kritisch zu prüfen. Im Interesse von Mensch und Umwelt müssen für alle Müllverbrennungsanlagen gleich hohe Sicherheitsstandards und Auflagen gelten. Finanzielle Vorteile auf Kosten von Gesundheit und Ökodumping darf es nicht geben.

## **Regierung darf Europäische Atomenergie nicht fördern**

Die dänische EU-Ratspräsidentschaft hat von den Mitgliedstaaten Stellungnahmen zum EU-Energiefahrplan bis 2050 erbeten. Vier Mitgliedstaaten, Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien, setzten sich in ihren Stellungnahmen für eine Gleichstellung der Atomenergie mit den Erneuerbaren Energien ein, da beide Energieformen CO<sub>2</sub>-neutral und damit wichtige Mittel gegen den Klimawandel seien. Dementsprechend müsse die finanzielle Förderung des Abbaus der CO<sub>2</sub>-Emissionen technologie-neutral erfolgen.

Dadurch soll eine europäische Förderung des Baus und Ausbaus von Atomkraftwerken ermöglicht werden. Doch Atomenergie ist weder CO<sub>2</sub>-neutral noch wirtschaftlich wettbewerbsfähig.

Es ist offensichtlich, dass der Neubau von Atomkraftwerken in einem immer flexibler werdenden, europäischen Strommarkt privatwirtschaftlich nicht refinanzierbar ist. Deshalb müsste die Konsequenz selbst bei Atomkraftbefürwortern heißen, dass man sich aus rein wirtschaftlicher Vernunft von den Ausbauplänen verabschiedet. Förderungen für eine Energieform, die es in 50 Jahren nicht geschafft hat, sich komplett ohne Unterstützung des Steuerzahlers ökonomisch zu rechnen, sind auch unabhängig von den immensen Gefahren der Atomenergie nicht darstellbar.

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist ein europaweiter Atomausstieg. Deshalb fordert sie die Bundesregierung in ihrem Antrag (Drs. 17/9554) auf, sich beim Europäischen Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie gegen eine Gleichstellung von Atomenergie und erneuerbaren Energien auszusprechen. Atomkraftwerke dürfen nicht von der Europäischen Union subventioniert werden. Zudem soll die Regierung die Energiewende vor allem im Bereich Energieeffizienz auf europäischer Ebene voran treiben. Den Antrag hat der Bundestag am 10. Mai beraten.

## **Schweinepest durch Impfungen bekämpfen**

Die vorsorgliche Tötung gesunder Tiere im Fall eines Ausbruchs der klassischen Schweinepest stößt zu Recht auf heftige Kritik bei Fachleuten und in der Öffentlichkeit. Die Nichtimpfungspolitik der Europäischen Union ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß. Im Hinblick auf den Tierschutz und unsere Verantwortung für die Ernährungssicherheit sind Keulungen dringend auf das unerlässliche Maß zu reduzieren. Ein Paradigmenwechsel ist dringend erforderlich.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Notimpfungen die Ausbreitung von Seuchen verhindern. Der Verlust von Tieren kann dadurch abgewendet und Tierschutz und Ernährungssicherheit können gewährleistet werden. In einem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/8893, 17/9218), den der Bundestag am 10. Mai 2012 beschlossen hat, fordern die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung auf, im Tierseuchenbekämpfungsgesetz und der EU-Tiergesundheitsstrategie darauf hinzuwirken, dass Notimpfungen Tötungen ersetzen. Bei Ausbruch der klassischen Schweinepest soll die Bundesregierung die Länder zu einer Notimpfung auffordern und dabei unterstützen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darüber aufgeklärt werden, dass notgeimpfte Tiere unbedenklich sind. Auch internationale Handelspartner sind davon zu überzeugen.

## ENGAGEMENT GEGEN RECHTS

### Extremismusklausel abschaffen

Das Verwaltungsgericht Dresden hat die als Extremismusklausel bekannte Bestätigungserklärung in den Richtlinien des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ für rechtswidrig erklärt. Die Erklärung, wonach der Zuwendungsempfänger seine Partner hinsichtlich ihrer Absicht, die Ziele des Grundgesetzes zu verfolgen, überprüfen solle, sei zu unbestimmt. Beispielsweise sei unklar, wer etwa „Partner“ ist und welches Verhalten den Zuwendungsempfängern konkret abverlangt wird.

Die Extremismusklausel ist nicht nur widerrechtlich, sondern sie gefährdet auch den gesellschaftlich notwendigen Kampf gegen rechte Ideologie und Gewalt. Die Klausel diskreditiert und behindert zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus.

Sie stellt die Initiativen unter einen Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit und undemokratischen Gesinnung. Die Pflicht zur Regelüberprüfung der Kooperationspartner fördert ein Klima des Misstrauens und steht dem Ziel der Demokratieförderung entgegen.

Dabei leisten gerade die durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und ähnliche Programme geförderten Träger durch ihre Bildungs- und Präventionsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte. Ohne die Förderung des Bundes wären die meisten dieser Projekte nicht durchführbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Projekten arbeiten in hoher Eigenmotivation unter schwierigen Bedingungen. Oft ist diese Arbeit entbehrungsreich und von Rückschlägen geprägt.

#### Systematische präventive Bekämpfung

Dass diese Arbeit als Teil einer systematischen präventiven Bekämpfung rechtsextremistischer Ideologie und Gewalt eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, haben alle im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen angesichts des Bekanntwerdens der Mordserie der Neonazi-Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ noch einmal einhellig bekräftigt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (Drs. 17/17/9558), den der Bundestag am 10. Mai debattiert hat, auf, die Bestätigungserklärungen als Zuwendungsvoraussetzung aus den Richtlinien der Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz“, „Initiative Demokratie stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zu streichen und die Vergabe der Zuwendungen im Rahmen dieser Programme nicht an eine Unterzeichnung einer solchen Erklärung zu knüpfen.

**SPORT**

## **Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus verhindern**

Das Regime in Belarus missachtet sowohl Demokratie und Menschenrechte als auch rechtsstaatliche Standards. Opposition und Zivilgesellschaft werden durch willkürliche Verhaftungen, durch Misshandlung und Folter unterdrückt. Die Todesstrafe wird angewandt. Das belarussische Regime ist damit kein würdiger Gastgeber für die Eishockey-Weltmeisterschaft 2014. Deshalb wird der Deutsche Eishockeybund gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Vergabe der Weltmeisterschaft an Belarus zurück genommen wird. In dem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen „Keine Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 in Belarus“ (Drs. 17/9557) wird die Bundesregierung aufgefordert, sich beim Deutschen Eishockey-Bund und der Internationalen Eishockey-Föderation dafür einzusetzen, dass die Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 nicht in Belarus stattfindet.

**ENTWICKLUNG**

## **SPD-Fraktion fordert Neuausrichtung der Europäischen Entwicklungspolitik**

Die Europäische Union und ihre 27 Mitgliedstaaten sind zusammen der weltweit größte Geber in der Entwicklungszusammenarbeit. Um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen und Hunger und Armut weltweit effektiv zu bekämpfen, muss jedoch die Europäische Entwicklungspolitik neu ausgerichtet werden. Das fordern die Bundestagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem gemeinsamen Antrag.

Die Europäische Union (EU) übernimmt eine besondere Verantwortung im weltweiten Kampf gegen Hunger und Armut sowie bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Dazu gehört unter anderem, dass bis 2015 der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, halbiert wird. Allein im Jahr 2010 hat die EU mit ihren Mitgliedstaaten daher 53,8 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Damit leistet sie mehr als die Hälfte der gesamten öffentlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Um die gesteckten Ziele aber tatsächlich erreichen zu können, fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 17/9553) eine Neuausrichtung der Europäischen Entwicklungspolitik und fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 einzusetzen.

### **Bessere Koordinierung**

Zur Erhöhung der Wirksamkeit muss die bisherige Fragmentierung nationaler und europäischer Entwicklungspolitik durch eine bessere Koordinierung, mehr Kohärenz und klare Arbeitsteilung beseitigt werden. Außerdem muss am Stufenplan zu Erhöhung der öffentlichen Mittel auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens festgehalten werden. Das bedeutet auch, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Mittelzusagen für die Entwicklungszusammenarbeit einhalten müssen.

Des Weiteren fordern SPD und GRÜNE, dass im Mittelpunkt der Europäischen Entwicklungspolitik die Armutsreduzierung und der Schutz natürlicher Ressourcen im Vordergrund stehen müssen. Zudem ist die Förderung von Frauen in Entwicklungsländern als Querschnittsaufgabe zu verankern. Und schließlich fordern die Antragsteller aus SPD und GRÜNEN, dass bei der Budgethilfe Parlamente und Zivilbevölkerung des Empfängerlandes beteiligt werden müssen.

## AUSSEN

## Rolle der Frauen bei der Schaffung von Sicherheit und Frieden weiter stärken

2000 verabschiedeten die Vereinten Nationen (UN) die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Darin wurde die Gestaltungskraft von Frauen für die Schaffung von Frieden und Sicherheit anerkannt und gefordert, dass ihre Rolle bei Konfliktbewältigung und –prävention sowie deren Schutz in bewaffneten Konflikten gestärkt wird. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung mangelt es nach wie vor an der Umsetzung der Resolution. Die SPD-Fraktion fordert daher in einem Antrag, die Umsetzung mit einem Rechenschaftsmechanismus zu fördern.

Frauen übernehmen eine Schlüsselrolle, wenn es um Prävention und Lösung von Konflikten, bei der Friedenskonsolidierung oder auch beim Wiederaufbau geht. Daher hat es sich die UN mit einer Resolution zur Aufgabe gemacht, diese Schlüsselrolle der Frauen in den UN-Mitgliedstaaten zu stärken und mehr Frauen in diesen Bereichen zu beschäftigen.

Seit der Unterzeichnung der UN-Resolution 1325 hat es zwar in manchen Bereichen Erfolge bei der Umsetzung gegeben. Insgesamt wird der Beschluss jedoch nur schleppend in den UN-Mitgliedstaaten umgesetzt. So machen Frauen derzeit zwar 30 Prozent des internationalen Personals in UN-Peacekeeping-Operationen aus, aber nur 1,9 Prozent des militärischen Personals und 7,3 Prozent der Polizeikräfte. Von den 25 Ländern, die die Resolution unterschrieben haben, haben nur 15 die geforderten Nationalen Aktionspläne vorgelegt. Dazu zählt auch die Bundesregierung.

Die SPD-Fraktion fordert daher in ihrem Antrag „Die Umsetzung der UN-Resolution 1325 mit einem Rechenschaftsmechanismus fördern“ (Drs. 17/8777) die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Nationalen Aktionsplan zu erstellen und dessen Finanzierung zu sichern. Zudem soll die schwarz-gelbe Regierung darauf hinwirken, dass auch andere Staaten entsprechende Aktionspläne vorlegen. Und um den Druck auf die Staaten zu erhöhen, die Resolution endlich umzusetzen, fordert die SPD einen Resolutionsentwurf von der Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat: Ziel ist es, einen Evaluations- und Rechenschaftsmechanismus zu verankern, damit die in der Resolution 1325 enthaltenen Vorgaben entsprechend umgesetzt werden.

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>